



TOP VI Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Ungenügende Sprachkenntnisse und kulturelle Missverständnisse -
Zugangsbarrieren vermeiden

Entschließungsantrag

Von: Dr. Thomas Werner als Delegierter der Ärztekammer Berlin
Katharina Kulike als Delegierte der Ärztekammer Berlin
Dr. Peter Bobbert als Delegierter der Ärztekammer Berlin
Dr. Matthias Albrecht, MBA als Delegierter der Ärztekammer Berlin

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 bittet den Vorstand der Bundesärztekammer, die Erkenntnisse über einen nicht gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund zum Gesundheitswesen verstärkt in die öffentliche Diskussion einzubringen und sich für die notwendigen strukturellen Veränderungen einzusetzen. Ungenügende Sprachkenntnisse und kulturelle Missverständnisse stellen eine wesentliche Zugangsbarriere dar, die durch den Einsatz von professionellen Sprach- und Kulturvermittlern (Dolmetschern) und die Anerkennung eines Sonderbedarfs für muttersprachliche Psychotherapie überwunden werden können.

Begründung:

In Deutschland leben derzeit knapp 16 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund und repräsentieren damit knapp 20 Prozent unserer Bevölkerung. Damit gehören die Integration sowie die medizinische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund zu den vitalen Interessen unseres Landes.

Bisherige Untersuchungen zeigen auf, dass Menschen mit Migrationshintergrund bis heute keinen gleichberechtigten Zugang zu unserem Sozial- und Gesundheitswesen haben. Die Ursachen liegen in erster Linie an kulturellen und sprachlichen Barrieren bei der medizinischen Diagnostik und Behandlung sowie bei der Psychotherapie.

Ein Lösungsansatz ist der Einsatz professionell ausgebildeter Sprach- und Kulturvermittler (Dolmetscher). Im Gegensatz zu den Gerichten leisten wir uns im Bereich der medizinischen Versorgung eine nicht zu verantwortende Lücke. Sprach- und Kulturbarrieren führen in der Folge zu Fehlern in Diagnostik und Therapie und damit zur Unterlassung ärztlich angezeigter Interventionen und/oder zu Fehlbehandlungen mit für

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



die Betroffenen weitreichenden gesundheitlichen Folgen. Dadurch bedingte hohe Arbeitsunfähigkeitszeiten, Frühberentungen und unnötige Kosten bei Fehlbehandlungen führen zu erheblichen gesundheitsökonomischen Lasten.

Die Reanalyse des Bundesgesundheits surveys 1998/1999 ergab bei Ausländern im Gegensatz zu Einheimischen noch insgesamt signifikant höhere Prävalenzraten psychischer Störungen. Nach einer Studie im Jahr 2004 litten etwa 27 Prozent aller Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren in Europa an mindestens einer behandlungsbedürftigen psychischen Störung, und etwa ein Viertel davon befand sich deshalb in Behandlung (Wittchen und Jacobi 2005*). Menschen mit Migrationshintergrund sind aktuell immer noch häufiger von psychischen Krankheiten betroffen als Menschen ohne Migrationshintergrund.

Um hier gegenzusteuern, bedarf es eines abgestimmten Vorgehens aller an diesem Prozess beteiligten Kräfte. Eine gesetzliche Regelung zur Kostenübernahme für Dolmetscherleistungen seitens der gesetzlichen Krankenkassen sowie die Erweiterung der Zulassung von muttersprachlichen Psychotherapeuten wäre hier dringend geboten.

*Wittchen HU. Jacobi F. Size and burden of mental disorders in Europe - a critical review and appraisal of 27 studies. Eur Neuropsychopharmacol 2005;15:357-376.